

1. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

29. Oktober 1957

180/J

A n f r a g e

der Abgeordneten Dr. K o r e f , Dr. N e u g e b a u e r , Z e c h t l  
und Genossen

an den Bundesminister für Finanzen,

betreffend die Herabsetzung des Kilometergeldes für den Spesenersatz an  
Staatsbeamte.

-.-.-.-

Durch einen Erlass des Bundesministeriums für Finanzen wurde vor  
kurzem das Kilometergeld herabgesetzt, das Staatsbeamten für die Benützung  
eines eigenen Fahrzeuges für Dienstzwecke als Spesenersatz gewährt wird.  
Bisher galt für Autos ein Kilometergeld von 1.50 S, für Motorräder von  
55 Groschen. Nunmehr wurde rückwirkend ab 1. August 1957 für Personautos  
je nach dem Hubraum ein Kilometergeld von 60 Groschen bis 1.40 S, für Motor-  
räder von 35 Groschen festgesetzt.

Aus Kreisen der öffentlichen Angestellten aber auch der Dienstnehmer  
in der privaten Wirtschaft, die ein Kraftfahrzeug für Dienstzwecke benützen,  
wird darauf hingewiesen, dass die Reduzierung dieser Sätze ungerechtfertigt  
ist und besonders die Kleinwagenbesitzer benachteiligt. Experten stellten  
fest, dass die Berechnung der durchschnittlich zurückgelegten Jahreskilometer  
bei den Kleinwagen der Praxis nicht entspricht. Durch die Bestimmungen des  
Einkommensteuergesetzes hat dieser Erlass auch ernste Auswirkungen für alle  
privaten Fahrzeughalter.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister  
für Finanzen die nachstehende

A n f r a g e :

Ist der Herr Bundesminister bereit, die Berechnungen für die Festsetzung  
der Kilometergelder neuerlich zu prüfen und im Interesse der Förderung der  
Motorisierung neue, der Praxis entsprechende Kilometergelder festzusetzen?

-.-.-.-